

NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt OBERFRÄNKISCHE ZEITUNG

FRÄNKISCHE Presse

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 90 / 1. Jahrgang

Bayreuth, Donnerstag, 18. April 1968

Einzelpreis 30 Pf

Moskau wird argwöhnisch

MOSKAU (dpa). Beweise für eine wachsende Übereinstimmung der Standpunkte von Bonn und Peking suchte die Moskauer „Literaturzeitung“ zu erbringen. Ein „Ernst Henry“ — hinter diesem Pseudonym soll sich ein ehemaliger hoher sowjetischer Diplomat verbergen — läßt durchblicken, daß die chinesische Führung einer Angliederung Westberlins an die Bundesrepublik zustimmen könnte und später auch einer „Aneignung“ der DDR durch die Bundesrepublik.

Nach Meinung von Henry ist die Bereitschaft Pekings zu einer engen Zusammenarbeit mit Bonn vorhanden. Als „Beweis“ zitiert er unter anderem ein angeblich „streng geheimes Zirkular“ aus Peking an die Leiter chinesischer Organisationen in Westeuropa. Darin sei ausgeführt worden, daß man Westdeutschland als einen „wirksamen Bundesgenossen Chinas beim Kampf gegen eine Verschwörung, wie sie der Atomwaffenpaktvertrags darstelle, ansehen“ müsse.

Endgültige Quoten

Lotto: Gewinnklasse 1: 2mal 500 000 DM; Gewinnklasse 2: 20-mal 186 320,95 DM; Gewinnklasse 3: 734mal 6439,25 DM; Gewinnklasse 4: 47 976mal 98,50 DM; Gewinnklasse 5: 987 860mal 4,75 DM.

Toto: Ergebniszettel: 1. Rang: 4mal 59 294,10 DM; 2. Rang: 255-mal 930,10 DM; 3. Rang: 3750mal 63,20 DM. **Auswahl-Wette „6 aus 39“:** 1. Rang: 1mal 262 709,75 DM; 2. Rang: 7mal 9382,45 DM; 3. Rang: 156mal 1263,— DM; 4. Rang: 4536-mal 57,90 DM; 5. Rang: 86 909mal 6,— DM. (Ohne Gewähr.)

Regierung wendet sich gegen Gewalttaten

Beratungen in Bonn über die Unruhen - Benda erwägt „vorbeugende Haft“ - Münchner Fotograf gestorben

Die Beratungen wurden von dem Tod des 32-jährigen Münchner Pressefotografen Klaus Frings überschattet, der als erster ein Opfer der Ausschreitungen wurde, er lag gestern den schweren Verletzungen, die ihm am Montagabend bei einer Demonstration durch einen Steinwurf zugefügt worden waren.



Klaus Frings

Der Tod Frings' hat in politischen Kreisen, unter den Journalisten, aber auch in der Studentenschaft Bestürzung und Anteilnahme ausgelöst.

Das Bundeskabinett verurteilte bei seiner Sitzung unter Bundeskanzler K. Kiesinger aufs schärfste Anstifter und Organisatoren, die während der jüngsten Demonstrationen den Boden des Rechts und des Grundgesetzes verlassen hätten. Es machte den SDS für die organisierte Gewaltanwendung verantwortlich.

Bundesinnenminister Benda berichtete in der Sitzung über die Demonstrationen und die von der Bundesregierung und den Ländern ergriffenen Maßnahmen, mit denen die freihetliche Rechtsordnung geschützt werden soll.

Wie Regierungssprecher Diehl vor der Presse bestätigte, befürwortete Benda die Einführung einer vorbeugenden Haft für Demonstranten.

Der Kölner Strafrechtler und Professor der Juristischen Fakultät Ulrich Klug hat gegen die Erwägung des Innenministers bereits „scharfen Protest“ erhoben. Da Wiederholungs-

BONN (dpa/upi/ap). Die Bundesregierung und die Länder haben ihre Entschlossenheit bekräftigt, Gewaltaktionen bei Demonstrationen mit allen gesetzlichen Mitteln zu unterbinden. Mit den Unruhen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke beschäftigten sich gestern sowohl das Bundeskabinett als auch die Innenminister der Bundesländer sowie der Innenausschuß des Bundestages.

gefahr nicht nachweisbar sei, würde damit eine „vorbeugende Verdachtsstrafe“ geschaffen. Das hätten bislang nur die Nationalsozialisten ab 1935 getan. Die Wiedereinführung des Haftgrundes Wiederholungsgefahr müsse die von den Nazis praktizierte „KZ-Haft“ wiederaufleben lassen, sagte Klug.

Neue Demonstrationen?

Wie der Bundesinnenminister nach der Kabinettsitzung mitteilte, rechne er mit neuen Demonstrationen in den nächsten Tagen. Dem Verfassungsschutz lägen Informationen darüber vor, daß verschiedene Gruppen der außerparlamentarischen Opposition und der Studenten erneut vor die „Springer-Gebäude“ gehen würden.

Der Innenausschuß des Bundestages befürwortete gestern in Bonn eine Aburteilung der „Rädelsführer“ der jüngsten Demonstrationen in beschleunigten Verfahren. Nach einer vierstündigen Sitzung betonte der Ausschußvorsitzende H. Schmitt-Vockenhausen (SPD), der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) habe sich „selbst disqualifiziert“. Übereinstimmend mit den Vorstellungen der Bundesregierung erklärte der Abgeordnete, daß kein Gespräch mit dem SDS mehr möglich sei.

Keine Sondersitzung des Bundestages

An eine Sondersitzung des Bundestages wegen der Studentenunruhen noch während der gegenwärtigen Parlamentsferien werde nicht mehr gedacht, sagte Schmitt-Vockenhausen.

Nach Schätzungen der Innenminister der Länder, die ebenfalls gestern in Bonn berieten, haben täglich etwa 5000 bis 18 000 Personen an friedlichen Demonstrationen teilgenommen. An Demonstrationen, die zu Gewaltanwendungen ausartet seien, hätten sich 4000 bis 11 000 Personen beteiligt.

Wie die Bundesregierung bekräftigte auch die Innenminister der Bundesländer ihre Absicht, auch künftige Freiheit und rechtsstaatliche Ordnung mit den gebotenen rechtsstaatlichen Mitteln zu schützen und den gesetzten Respekt zu verschaffen.

Die Minister dankten ausdrücklich allen Polizeibeamten für ihre Pflichterfüllung.

SPD erwartet Achtung von Recht und Gesetz

Das SPD-Präsidium hat gestern in einem Telegramm an die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, Justiz- und Innenminister sowie die Oberbürgermeister der Städte, in denen über Ostern Unruhen stattfanden, die Erwartung ausgedrückt, daß die zuständigen Behörden dem Recht und dem Gesetz Achtung verschaffen. Dies sei in erster Linie die Aufgabe der Polizeibehörden, die vor außerordentlich schwierigen Aufgaben stünden und die bei organisier- ten, umsichtslosen Angriffen immer wieder Gefahr liefen, hart zu reagieren.



GEMEINSAM mit dem Innenausschuß des Bundestages beriet gestern in Bonn Bundesinnenminister Benda - links - über die Lage nach den Ausschreitungen in den letzten Tagen. Rechts der Ausschußvorsitzende, der SPD-Abgeordnete Schmitt-Vockenhausen.



„NICHT ROHRSELIG“ werden will der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) angesichts des Todes des Pressefotografen Frings, der bei einer Demonstration in München von einem Pflasterstein getroffen und tödlich verletzt wurde. Dies gab der Vorsitzende des SDS, Karl-Dietrich Wolff - zweiter von links - auf einer Pressekonferenz in Frankfurt bekannt. Man plane eventuell eine Trauerdemonstration, auf jeden Fall aber neue Aktionen, erklärte Wolff.

Einigung über ÖTV-Tarife

Sozialzuschlag für Kinder und Lohnzulage erhöht

STUTTGART/WIESBADEN (ap/dpa). Die Tarifpartner im Öffentlichen Dienst haben sich gestern in Stuttgart auf eine Erhöhung der Lohnzulagen mit Sozialzuschlägen für die rund 600 000 Arbeiter bei Bund, Ländern und Gemeinden geeinigt.

Nach siebenstündigen Beratungen vereinbarten die Gewerkschaft ÖTV und das Bundes-Innenministerium, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände eine Anhebung des Sozialzuschlages um drei

Mark für das erste Kind vom 1. Juli dieses Jahres an. Für das zweite bis fünfte Kind sollen vier Mark, für das sechste und jedes weitere Kind sechs Mark mehr gezahlt werden. Die allgemeine Lohnzulage wird um zwei Pfennig je Stunde vom 1. Oktober dieses Jahres an erhöht.

Auch die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdE) und die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn einigten sich über diese Tarifvereinbarung, die für 170 000 Arbeiter der Bundesbahn Gültigkeit hat.



UM HÖHERE LÖHNE für etwa 900 000 Arbeiter bei Bund, Ländern, Gemeinden, Post und Bahn wird hier in Stuttgart verhandelt. Links die Vertreter der Arbeitgeber, rechts die Sprecher der Gewerkschaft ÖTV.

Khe Sanh liegt wieder unter Beschuß

Gefechte auch in Umgebung von Saigon - Noch keine Einigung über Verhandlungsort

SAIGON (dpa/ap/upi). Die Kampf-tätigkeit in Südvietnam nimmt wieder zu. Sie konzentriert sich um die Hauptstadt Saigon und das im Nordwesten des Landes gelegene Khe Sanh.

Der Stützpunkt Khe Sanh, vor zwei Wochen durch den Vorstoß amerikanischer Truppen aus 77-tägiger Belagerung durch nordvietnamesische Truppen befreit, liegt wieder unter schwerem Artilleriebeschuß. Eine Patrouille der US-Marineinfanterie geriet nahe bei Khe Sanh in einen Hinterhalt und wurde aufgerieben. 17 Soldaten fielen, 35 wurden verwundet.

In der näheren und weiteren Umgebung der südvietnamesischen Hauptstadt Saigon kam es zu mehreren heftigen Zusammenstößen kommunistischer und alliierter Verbände. In dem Operationsgebiet sind seit mehr als einer Woche rund 100 000 alliierte Soldaten in der Offensive „Villiger Sieg“ eingesetzt.

Im Hauptquartier der US-Marineinfanterie in Phu Bai rechnet man damit, daß nordvietnamesische Truppen ihren nächsten Angriff auf Ziele im küstennahen Raum südlich der Pufferzone planen und vielleicht erneut einen Schlag gegen die alte Kaiserstadt Hue vorbereiten. Umgruppierungen und neu herangezogene Ersatztruppen in den Grenzgebieten bei Quang Tri und Thua Thien gäben zu Besorgnis Anlaß, hieß es.

Über die Bemühungen um eine Beendigung des Vietnam-Krieges und ihre Rückwirkungen auf den restlichen südostasiatischen Raum wurde gestern der südkoreanische Präsident Park Chung Hee in Honolulu auf Hawaii von dem amerikanischen Präsidenten unterrichtet. Park wurde von Verteidigungsminister Choi Young Hi und Außenminister Choi Kyu Hah begleitet. Auf amerikanischer Seite nahmen der Unterstaatssekretär für ostasiatische Fragen im US-Außenministerium, William P. Bundy, der Chef des gemeinsamen

Stabes der amerikanischen Streitkräfte, General Earle G. Wheeler, und der frühere stellvertretende Verteidigungsminister Cyrus R. Vance, an den streng geheimgehaltenen Gesprächen teil.

Auch gestern ging das Tauziehen um den Tagungsort für Vorgespräche für eine Vietnam-Friedensregelung weiter. Die nordvietnamesische Zeitung „Nhan Dan“ forderte die Völker der Welt auf, von den USA eine schnelle Entscheidung für Warschau als Verhandlungsort zu verlangen. In dem Artikel, der von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS zitiert wurde, werden die Vereinigten Staaten beschuldigt, den Beginn von Vorgesprächen absichtlich hinauszögert zu haben.

Ein amerikanischer Regierungsvertreter äußerte in Washington die Ansicht, daß möglicherweise die Einschaltung einer dritten Partei nötig sei, um zwischen Washington und Hanoi noch eine Einigung über einen Gesprächsort zustande zu bringen.